

Aus der Partei.

Ein Mißverständnis. Wir haben kürzlich in einem Zeitungsartikel bereits auf die merkwürdige Methode hingewiesen, mit der die badische Parteipresse einen Artikel unserer Wiener Brudervergänger auszubenten versuchten, um sich selbst als die armen, von den bösen „Norddeutschen“ unerschuldigt verfolgten Pöbel hinzustellen und damit zugleich bei den badischen Genossen den Eindruck zu erwecken, als ob der vernünftiger, objektiver Teil der internationalen Sozialdemokratie volles Verständnis für die Berechtigung der badischen Taktik besthe. Durch dieses durchsichtige Manöver macht jetzt die Wiener Arbeiterzeitung einen dicken Strich, indem sie unter der obigen Überschrift schreibt:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, haben wir in unserer Darstellung des „bewußten Revisionismus“ der badischen Genossen (22. Juli) ausdrücklich bemerkt, daß sich die verschiedenen Meinungen über die Möglichkeit einer Budgetbewilligung durch die Sozialdemokraten keineswegs zu verschiedenem Tun verpflichten kann; den Disziplinbruch, erklärten wir auch da, wie wir es mit aller Deutlichkeit schon vorher gesagt hatten, kann keine andere Meinung entschuldigen. Wir sind also einigermassen überrascht, in verschiedenen süddeutschen und insbesondere in den badischen Parteiblättern dieses „Mißverständnisses“ nun mit einer geradezu gewollten Absichtlichkeit auftauchen zu sehen. Denn unser Artikel wird dort (in der Mannheimer Volksstimme und im Karlsruher Volksfreund) als die die Wadener „besonderen Verhältnisse“ besonders verständliche Darstellung gerühmt und als eine das Vorgehen der Wadener Genossen billigende Stimme angeführt — was allerdings, wie uns scheint nur bei einer geradezu bewundernden und unwürdigen geschichtlichen Zitterung und Unterstreichungen gelingen konnte. Das Mannheimer Bruderverblatt will sogar die Ursache davon herausgefunden haben, warum wir zuerst das Bewilligungsvotum in „ziemlich scharfer Form“ verurteilt hatten, es aber nun zu billigen scheinen: weil wir seither von ihm „alle in Betracht kommenden Materialien“ erhalten haben, die wir uns telegraphisch bestellten und die wir inzwischen offenbar einer gründlichen Prüfung unterzogen haben“. Das ist auch materiell ein vollkommenes Irrtum. Wohl haben wir, da das Mannheimer Parteiblatt bei uns früher nicht auflag, nach Bekanntwerden der Budgetabstimmung um Einsendung aller Nummern gebeten, die seit der Wadener in der Kammer erschienen sind, aber die Sendung ist erst am Freitag in unseren Besitz gelangt, was als Quellenmaterial für unseren Artikel vom 22. d. einigermassen zu spät gewesen wäre. Wir glauben dies deshalb hervorheben zu sollen, weil damit die Behauptung, daß der angebliche Widerspruch unserer letzten Auseinandersetzung gegenüber unserem ersten Urteil auf einer besseren Informierung beruhe, am raschesten entkräftet wird. Es war die gleiche Kenntnis von den badischen Dingen und was auch das gleiche Urteil, die unsere ersten und unsere letzten Bemerkungen verknüpfen.

Zur Sache selbst haben wir nur zu bemerken, daß es selbstverständlich unsere Pflicht war, unseren Lesern auch die Tatsachen vorzuführen, aus denen die Budgetabstimmung erwuchs, ihnen also die eigentümliche Situation zu schildern, in der sich die badische Landtagsfraktion befindet und überhaupt darzutun, daß die diesmahlige Abstimmung für das Budget kein sachliches, vielmehr ein politisches Votum war und dieses auch sein wollte. Diese Auffassung ist übrigens durchaus nicht auf uns beschränkt; in keinem das ganze Problem erfassenden Artikel in der letzten „Neuen Zeit“ legt ja auch Kantakly dar, daß doch nicht „purer Uebermut oder reine Gedanklosigkeit“ die badischen Genossen zu ihrem Disziplinbruch verleitet habe, sondern daß es die badische Großblödpolitik war, die ihn hervorrief, wobei der Wunsch, diesen heimischen Großblöck auf das ganze Reich zu übertragen, den badischen Älter noch beflügelt hat. Aber das alles hat mit der entscheidenden Frage, die nun die alleinige des bewußten Disziplinbruchs ist, wenig und gar nichts zu schaffen, denn der bewußte Revisionismus, wie er dadurch nicht harmloser und nicht gerechtfertigter, wenn er seine Aktion in scharfen Gegensatz zu dem feierlich erklärten Gesamtwillen der Partei setzt. Die Frage der Budgetbewilligung ist gemeinhin die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zu dem kapitalistisch-bürgerlichen Staate. Aber diese badische Budgetbewilligung, die sich über den Nürnberger Beschluß scharf hinwegsetzt hat, ist das Verhältnis der badischen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei, und das ist natürlich noch eine ganz andere Frage als eine simple Budgetbewilligung. Nun handelt es sich darum, ob das große Grundgesetz der Demokratie, die Disziplin, in der deutschen Sozialdemokratie, deren Einheit und Geschlossenheit in der Aktion eines ihrer Hauptmittel bilden, noch auf eine ausnahmslose Beachtung rechnen darf, und in dieser Sache, die das Lebenselement unserer Bewegung ist, gibt es natürlich auch in Oesterreich nirgends ein Wanken oder Schwanken.

Natürlich ist mit dieser geradezu „bewundernswürdigen“ geschichtlichen Zitterung und Unterstreichungen „Ent-

Das war eine Neuigkeit für die Monika. „Was Sie mit sagen! Seit wann denn?“ erkundigte sie sich interessiert.

„So was! Heut' hab' i'n halt g'sehen. Sie halten ja alm (immer) alles soviel hoamlich, dö Rättschen. Von dö derfragt man nix. Kein gar nix!“ beklagte sie sich. „Sie wissen decht alm grad' g'nuag!“ gab ihr die Monika schnippisch zurück. „I hab' no nia bemerkt, daß Sie amal eppas nit g'wuht hätten, was droben bei der Berggratin g'schieht.“

„Naa, naa, Frau'n Monika — oha, Frau Sagstetter will i sag'n, da tuan's Ihnen aber wirklich täuschen in mir!“ erwiderte die Rosina ganz beleidigt. „I red' nix was aus von die Rättschen. I hätt' weiter aa gar nit zum ausreden, weil i nit bemerht. I tua mei' Arbeit, woah man wohl, und ums andre bekümmert' i mi aa nit. 's geacht mi aa gar nix an!“ wehrte sie sich energisch.

„Was macht sie denn die Rätin?“ erkundigte sich die Monika, unbekümmert um den Wortschwall der Kirchmair Rosina.

„Mei! Sie lebt halt a so dahin. Recht g'sund is sie wohl gar nia g'wesen. Aber seit an Jahr kimmt mir für, hat sie schon gar loa Kraft mehr —“ sagte die Rosina mitteilend.

„Deretwegen wird er aa kommen sein, der Sohn —“ meinte die Monika.

„Freilich!“ bestätigte die Rosina. Dann ging sie ganz knapp zu der Ladenbubel, hinter welcher die Monika herumhantierte, schaute sich schen und vorzüglich im Laden um, ob sie wohl niemand belauschen könne, und flüsterte heimlich: „Wissen's, und aa Geld braucht er aa!“

„Was? A Geld? Der is ja schon Oberleutnant!“ empörte sich die Monika.

„Macht nix! Er hat ja Schulden!“ tuschelte die Rosina weiter.

„Schulden? Ah, woher denn!“ Die Monika hatte sich jetzt wieder, nachdem sie das für das Del empfangene Geld einkassiert hatte, zu ihrer Näherer beim Fenster hingekehrt. Die Kirchmair Rosina, die Baumölflasche in der Hand, folgte ihr langsam und bedächtig nach.

(Fortsetzung folgt.)

stellung der Wahrheit“ beabsichtigt gewesen, wie sie gestern erst wieder unserer Zeitung vom Karlsruher Volksfreund vor- geworfen wurde. Die Kolb und Genossen leistete dabei ausschließlich der Drang nach reiner objektiver Wahrheit.

Zum badischen und deutschen Parteitag nahmen die Genossen des 10. badischen Reichstagswahlkreises (Karlsruhe-Bruchsal) am Sonntag in einer Wahlkreis-Konferenz Stellung. Der Referent Sauer verteidigte die Haltung der Fraktion und empfahl die Annahme der von Karlsruhe ausgehenden Anträge auf Aufhebung eines Vertrauensvotums für die Fraktion und Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. In der Diskussion stellten sich die meisten Redner auf die Seite der Fraktionsmehrheit; nur der Genosse Müller-Bruchsal bedauerte den Disziplinbruch. Wenn die badische Politik nicht überall verstanden werde, so sei die Redaktion des Volksfreund selbst schuld, da sie es an der nötigen Aufklärung habe fehlen lassen. Auch verheerete er nicht, wie man einer untergehenden Partei, wie den Nationalliberalen, zum Aufbruch verheerete. Die badische Regierung sei nicht besser wie die preussische, auch könne er nicht einsehen, wie die Fraktion einem Klassenwahlrecht zustimmen konnte. — Kolb-Karlsruhe führte nach dem Bericht des Volksfreund u. a. aus, nachdem er zuvor seine hinsichtlich bekannten revisionistischen Gedankengänge entwickelt hatte:

Die Budgetabstimmung betrachte er als eine rein formale Sache; wenn die Theorie der Norddeutschen richtig wäre, dann müßten wir auch die einzelnen Gesetze ablehnen. Die sächsischen Genossen hätten auch den einzelnen Budgets ihre Zustimmung gegeben, am Schlusse aber gegen das Gesamtbudget gestimmt mit der Motivierung, daß damit die vorherige Zustimmung nicht aufgehoben sei. Als ob das prinzipiell etwas anderes sei, als wir in Baden gemacht haben! Dieselben Genossen, die uns vorwirft wegen unserer Taktik machen, seien sich über ihre eigene Taktik selbst nicht klar, was der Streit um die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage zeige. Jedenfalls habe die preussische Wahlrechtsfrage gezeigt, daß die bisherige sozialrevolutionäre Taktik täglich Schiffbruch gelitten habe. Wir müssen eben eine Politik des Erreichbaren verfolgen und weil wir diese Politik für richtig halten, werden wir in Magdeburg keinen Schritt zurückweichen. Die norddeutschen Genossen haben wohl die Mehrheit, aber auf unserer Seite siehe das Recht. Er habe das Vertrauen zu den badischen Genossen, daß sie hinter der Fraktion stehen.

(Wenn der Bericht mit dem übereinstimmt, was Kolb tatsächlich ausgeführt hat, muß man zu dem Schluss kommen, daß der Redner bewußt eine Unwahrheit gesagt hat. Kolb weicht nach der in unserem Blatt gegebenen Darstellung ganz genau, daß die sächsische Landtagsfraktion in der Einzelabstimmung sämtliche Einzelartikel abgelehnt hat, gegen die auf Grund des Parteiprogramms oder der in der Partei geltenden Grundanschauungen prinzipielle Bedenken vorlagen. Der Versuch, die Aufmerksamkeit von dem badischen Disziplinbruch durch eine unwahre Darstellung des Verhaltens der sächsischen Genossen abzulenken, weisen wir ganz entschieden zurück. D. Red.)

Die Resolution auf Abschaffung des Nürnberger Beschlusses wurde schließlich einstimmig angenommen; das Vertrauensvotum für die Fraktion gegen eine Stimme.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Mannheim beschickte sich am vergangenen Sonntag ebenfalls mit dem Magdeburger und dem badischen Parteitag. Ueber die Budgetfrage referierte Dr. Frank, dem als Korreferent Genosse Wetzell gegenübertrat. Genosse Frank würdigte in großen Umrissen die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag, sowie die gesetzgeberischen Leistungen des Landtages, die zweifellos für die niederen Volksklassen Vorteile bringen. Die Zustimmung zum Budget habe sich ergeben auf Grund unserer Erfolge und in Rücksicht auf den beabsichtigten Fortschritt des Zentrums gegen das Ministerium und den Bloß. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß man in Magdeburg diese Umstände würdigen und so urteilt, daß wir nach wie vor im Interesse des Proletariats arbeiten können.

Genosse Merkel sprach sich ganz entschieden gegen die Budgetbewilligung aus. Die Partei habe stets und nicht erst seit gestern praktische Arbeit geleistet. Im Reichstag schon seit Jahrzehnten, aber nie sei unseren alten Genossen dabei der Gedanke gekommen, daß wir deshalb Regierungspartei werden müßten. In Dresden schon sei die Frage entschieden worden, damals habe selbst Genosse Frank anders geurteilt wie heute. Es handelt sich heute um die Frage, ob ein Parteitag für uns noch Geltung hat oder nicht. Könnte man mit dem Nürnberger Beschluß nicht auskommen, dann hätte man zunächst gegen das Budget stimmen und dann vor den badischen Parteitag und vor den deutschen Parteitag hinstreten müssen und sagen: „Seht so weit sind wir gekommen, so haben wir uns unsere Position verschärzt, nun sorgt mit uns dafür, daß sich derartiges nicht wiederholt!“ Gegenüber dem Verhalten der Genossen im Landtag müssen wir uns verwahren. Merkel bringt dann eine Mißtrauensresolution ein, ebenso Genosse Schäfer-Wallstadt.

In der Diskussion sprechen die Genossen Bernhardt-Medauhausen und Bargolini-Ladenburg. Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende. In der Abstimmung fällt die Resolution des Genossen Schäfer gegen seine Stimme. Für die Resolution des Genossen Merkel votieren 6, gegen sie 53 Delegierte. Die Abstimmung über die vom Wahlkreisvorstand eingebrachte Vertrauensresolution ergibt 52 Stimmen für und 8 Stimmen gegen.

Vom badischen Kriegsschauplatz. Der Genosse A. Lecht in Forchheim bei Karlsruhe, dessen klare Ausführungen zur Frage der Budgetbewilligung in dem Montagsblatt abgedruckt sind, ist als Vorsitzender des Wahlvereins am Sonnabend unterlegen, als er der Monatsversammlung eine die Budgetbewilligung m i s s b i l l i g e n d e Resolution empfahl. Sie wurde abgelehnt, ohne daß ein anderer Antrag gestellt wurde. Genosse Lecht gab nun seine Demission.

In Oberkirch (7. Kreis), wurde der Genosse Funderow zum Delegierten für den badischen Parteitag gewählt; er bekämpfte die Budgetbewilligung und trat für die Aufrechterhaltung der Parteitagbeschlüsse ein. Eine Resolution, die die Politik der Landtagsfraktion billigte und die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses forderte, wurde abgelehnt. In Würzburg bei Karlsruhe, wo der Landtagsabgeordnete Schwall in einer Landtagswahlkreis-Konferenz berichtete, wurde gegen vier Stimmen die Budgetbewilligung gutgeheißen. Ebenso in einer Vereinsversammlung in S i n g e n bei Durlach, wo das Verhalten der drei sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten verurteilt wurde, die bei der Budgetabstimmung nicht votierten.

In Brombach bei Würzburg verteidigte der Abgeordnete R u s s die Haltung der Fraktionsmehrheit und fand nur Widerspruch wegen der Postängerei. In einer einstimmig beschlossenen Resolution fordern die Genossen vom Magdeburger Parteitag die Aufhebung der Nürnberger Budgetresolution und erwarten, daß die badische Fraktion künftig die Postängerei unterläßt.

Im Volksfreund verteidigten zwei badische Genossen, G i m p e l - O t t e n s h e i m und K o c h - F r e i b u r g, die Taktik des Opportunismus, während der Genosse T r a b i n g e r - K a r l s r u h e den reinen Klassenkampf der Sozialdemokratie hochgehalten wissen will. Dafür wird Trabinger sofort in einem Anhängsel, gezeichnet W. K. (Wils. Kolb), wegen „der theoretischen Stillschüben“ die ein reines „Blendwerk“ seien, abgekanzelt. Es ist diese Art der Abfertigung ein bekannter Brauch der Chefredaktion des Volksfreunds. Daß eine solche ephemer, erfahren wir zum erstenmal aus einem Aufrufe des Karlsruher Disziplinbruchs für die Wasserbeschädigten, unter dem die Sozialdemokratie durch folgende Zeichnung vertreten ist: „Kolb, Chefredakteur und Stadtrat“.

In S i n g e n, dem Wohnsitz des Abgeordneten Bestsch, wurde mit allen gegen eine Stimme das Einverständnis mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion ausgesprochen und verlangt, daß der Beschluß des Nürnberger Parteitags aufgehoben wird, um die fortwährenden Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Im Parteiverein Lahr referierte Genosse H o g, der zu den drei Abgeordneten gehört, die der Abstimmung über das Budget fernblieben, unter dem Beifall der Mehrheit der Genossen über die Budgetfrage. Er lehnte in seinem Referat die Budgetbewilligung ab. Abgeordneter Dr. Frank und Parteisekretär S i n g l e r verteidigten die Fraktionsmehrheit. Die gegen die Budgetbewilligung eingebrachte Resolution wurde mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen, worauf dem Genossen H o g einstimmig das Vertrauen seiner Wähler ausgesprochen wurde.

A. Der Offenburger Wahlkreis hat sich in seiner Monatsversammlung einstimmig den Ausführungen des Vorsitzenden D a b e r e r angeschlossen und die Budgetbewilligung der Landtagsfraktion v e r w o r f e n. Haberer zeigte, wie die Großblödpolitik in der Zweiten Kammer einen bürgerlichen Bloß gegen die Sozialdemokratie herbeiführte. So wurde dem badischen Volke außer den neuen Millionen an Militärbeiträgen für die Heeres- und Flottenpolitik des Reiches auch noch eine Extrabiersteuer aufgeladen mit Hilfe der vereinigten bürgerlichen Parteien. Als die Sozialdemokraten eine Summe in das Budget aufgenommen haben wollten, um damit die durch die Steuererhöhung brotlos werdenden Brauereiarbeiter zu unterstützen, praktisierte diese Forderung an dem Widerstande der Regierung und ihrer bürgerlichen Abhänger ab. Dafür bewilligten die Schwarzen, Liberalen und einige der Demokraten dem Großherzog einen neuen Salonwagen für 118 000 Mk., wobei auch ein sozialdemokratischer Redner diese Forderung nicht prinzipiell ablehnte, sondern nur verlangt haben wollte.

Es wurden dann die Anträge unserer Genossen abgelehnt, die forderten, daß mit den leeren und unnötigen Gesandtschaften in Stuttgart und München ausgedünnt werden soll. Diese Gelder würden zur Unterstützung der sich ständig vermehrenden Zahl brotlos werdender Tabakarbeiter verwendbar gewesen sein. Aber die badische Regierung und ihre Trabanten waren nicht für die sozialdemokratische „praktische“ Arbeit zu gewinnen. Sie speisten das Volk mit einigen Reformen in der Gemeindeordnung und im Schulgesetz ab, die aber so engbegrenzt blieben, daß selbst der Grundbesitzer der 1. Kammer seine Zustimmung dazu geben sollte. Nicht einmal die Weilschheit der Volksschule ist von den Liberalen zugestanden worden. Und so bleibt im wesentlichen der Erfolg der Großblödpolitik in einem Kaskettieren mit den Bürgerlichen; statt sie zu bekämpfen, spielte man „lieb Kind“ mit ihnen.

Wer auf das Leben unserer revisionistischen Parteipresse in Karlsruhe angewiesen ist, die von der Redaktion als ein persönliches Eigentum betrachtet werde, wird nicht mehr in demokratischen Geiste erregen; wir stünden heute weit hinter jenen bürgerlichen Demokraten zurück, deren Dichter sich rühmte, daß er nicht in die Schließ der Pforten komme. Die Kolb, Frank und Genossen haben andere Vorbilder: Millerand, Briand und solche Abtrünnige der Sozialdemokratie. Auf dem Wege sind die Schuppel, Calwer, Bernhardt usw. schon vorausgegangen. Wir haben uns in Baden zu einer bürgerlich-radikalen Partei umgemauert; diese Entwicklung führe stets weiter abwärts.

Diese Ausführungen Haberer's fanden ungeteiltem, stürmischen Beifall.

Bei der Vorstandswahl wurden alle Mitglieder der Verwaltung einstimmig wiedergewählt.

Die Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Hagen-Zweil im tagte am Sonntag in Hagen. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 2534 gegenüber 2370 im Vorjahre, davon sind 301 weibliche Mitglieder. Der Verein hat ständig unter der Verschickung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Kreise zu leiden. Bei Beginn der Zentralisation am 1. Oktober 1906 waren 888 Mitglieder vorhanden. Die Beitragsleistung der Mitglieder ist als vorzüglich zu bezeichnen, waren doch am Schlusse des Berichtsjahres 80,2 Prozent vollzahlende Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen 10 431,88 Mk., die Ausgaben 18 928,06 Mk., der verbleibende Bestand 505,17 Mk. In den Parteivorstand wurden 2244,05 Mk. und an das Agitationskomitee zu Elberfeld 1258,91 Mk. abgeführt. Von der Opferwilligkeit der Genossen zeugt die Tatsache, daß für Kommunalwahlen im Kreise 2370,53 Mk. ausgegeben und auch von den Orten selbst aufgebracht wurden. Die im Herbst vorigen Jahres stattgefundenen Wahlen brachten unsern Genossen weitere sieben Mandate, womit die Zahl unserer in den Kommunen tätigen Genossen von 24 auf 41 stieg gegenüber 14 im Jahre 1906. In der Stadt Hagen selbst dürften unsere Genossen noch in diesem Jahre vor einer für unsere Partei ausschließlichen Neuwahl stehen, da die Wahl des seitherigen Mandatnehmers, eines dem blauschwarzen Bloß angehörigen Postbeamten, für ungültig erklärt worden ist.

Der Agitation dienen 128 öffentliche Versammlungen. Dabei fanden noch 278 Mitgliederversammlungen sowie 30 der Genossinnen statt. Der Kampf gegen die preussische Duma wurde wirkungsvoll unterstützt, unter andern sprachen im Kreise in stark besuchten Versammlungen, die teilweise unter freiem Himmel stattfanden, Genossin Luxemburg, die Genossin Diebknacht, Vorkmann-Berlin sowie der Kandidat des Kreises, Genosse Max König-Dortmund. Die Bildungs- und Jugendbestrebungen werden von der Partei tatkräftig gefördert. Die Konferenz beschloß, dem Kreisvorstand dafür namhafte Beträge zur Verfügung zu stellen. Die Jugendorganisation in Hagen verfügt über ein eigenes Heim.

Gegen das Verhalten der badischen Genossen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Budgetbewilligung und die Postängerei scharf verurteilt.

Reichstagskandidatur. Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Bayreuth-Wunsiedel stellte dem seitherigen Kandidaten, Genossen Hugel-Bayreuth, für die kommende Reichstagswahl wieder auf.

Gewerkschaftsbewegung.

Leipzig und Umgebung.

Tariffbewegung der Leipziger Metallbildner.

Die Leipziger Metallbildner beschloßen in einer am Montag den 1. August stattgefundenen Versammlung, den seit dem Jahre 1907 bestehenden Tarif zu kündigen und den Unternehmern einen neuen Tarif vorzulegen. Nach den Bestimmungen des neuen Tarifes sollen die Lohnsätze folgendermaßen erhöht werden: für Gehilfen bis zu 1 Jahr nach beendetem Lehrzeit von 46 auf 50 Pfg., für Gehilfen bis zum 21. Lebensjahr von 50 auf 55 Pfg., für Gehilfen über 21 Jahre von 55 auf 60 Pfg. Für die Gehilfen, die den geforderten Lohn bereits haben, wird eine Lohn-erhöhung von 5 Prozent verlangt. Ferner wird verlangt eine Erhöhung der Akkordsätze um 10 Prozent, wo bisher der Lohn von 60 Pfg. nicht erreicht werden konnte. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pfg. für die erste Stunde und für jede weitere sowie Sonntagsarbeit 30 Pfg. pro Stunde gefordert. Der neue Tarif ist den Unternehmern bereits zugegangen; es wird bis zum 15. August Antwort verlangt.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Leipzig

Deutsches Reich.

Stich-Druckere Arbeiterpolitik.

Die in den letzten Tagen in verschiedenen Blättern erschie- nenen Annoncen der Hof-Manufakturfabrik 208